

NK 19.6.2013

# BI kontert auf Hässelbarth: „Es ist doch nur ein Steg“

Von **Andreas Segeth**

Die Kritik des Grünen-Bundestagskandidaten Ralf-Peter Hässelbarth will die BI „Nonnenhof muss leben“ nicht auf sich sitzen lassen. Dessen Unterstellungen seien „schäbig“

**NEUBRANDENBURG.** Die Mitglieder der Bürgerinitiative „Nonnenhof muss leben“ zeigen sich empört über die Vorwürfe des Grünen-Bundestagskandidaten Ralf-Peter Hässelbarth. Dieser hatte ihnen im Streit um den Bootsanleger Bornmühle und die geplante Bebauung in Nonnenhof Ressentiments gegen „Zugezogene“ vorgeworfen und der BI sowie auch der Fraktion der Freien Bürger und FDP „mangelnde Rechtskenntnis“ unterstellt (der Nordkurier berichtete).

Die BI hingegen verteidigte gestern ihre Haltung: Der Bau des Anlegesteges Bornmühle liege im öffentlichen Interesse. Das Projekt entstamme immerhin dem Integrierten Regionalen Entwick-

lungskonzept (IREK), erklärt Bernd Recknagel, Sprecher der BI „Nonnenhof muss leben“ und Gemeindevertreter in Groß Nemerow. Die Parlamente der Stadt und des Landkreises hätten das Projekt beschlossen und die Verwaltungen hätten die Verfahren durchgesetzt. Die Bürgerinitiative mache nichts anderes als IREK-Projekte zu unterstützen, so Recknagel.

Warum Hässelbarth, der selbst für ein EU-Strukturrentwicklungsprojekt arbeite, ein anderes EU-Strukturrentwicklungsprojekt entschieden bekämpfe, das könne er nur selbst erklären. Warum ein Steg im Tollensesee durch Beamte in Brüssel entschieden werden soll und nicht durch die Kommunalpolitiker vor Ort, erschließe sich nicht. „Es ist doch lediglich ein Steg“, heißt es weiter.

„Die Unterstellung eines feindlichen Untertons gegenüber Zugezogenen verbitten wir uns“, so Recknagel weiter. Die BI finde es nicht richtig, „dass Herr Hässelbarth darauf setzt, Ressentiments

zwischen ‚Zugezogenen‘ und schon länger hier wohnenden zu wecken und zu bedienen.“ Richtig sei vielmehr, dass Vertreter der BI bei den Grünen zum Gespräch gewesen seien und festgestellt hätten, dass die anwesenden Grünen die Gaststätte weder aus eigenem Erleben gekannt noch sich über die Zusammenhänge informiert hätten.

Man habe daraufhin die Grünen gebeten, bei ihrer Meinungsbildung den Erfahrungen derjenigen, die schon länger in der Region leben, mehr Gewicht einzuräumen. Dass sei legitim. „Uns daraus zu unterstellen, wir seien gegen Zuzug in unserer Region, ist schlichtweg schäbig“, formuliert Bernd Recknagel. Leider hätten die Grünen das Gesprächsangebot der BI bislang nicht angenommen. Deshalb wiederhole man die Einladung zum Gespräch mit der Grünen-Kreisfraktion im Bürgerhaus Groß Nemerow.

**Kontakt zum Autor**  
a.segeth@nordkurier.de